

Für mehr Ehrlichkeit und Bürgernähe in der Politik

- Volksabstimmungen nach Schweizer Muster,
- Macht der Parteien und Berufspolitiker beschränken
- Steuerverschwendung als Straftatbestand einführen
- Schlanker Staat für freie Bürger
- Wiederherstellung des Rechtsstaats und Redefreiheit, Abschaffung GEZ und Schaffung neutraler Medien
- Deutsche Leitkultur statt orientalisches Multi-Kulti
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung
- Keine Freihandelsabkommen, TTIP, TISA, usw.
- Bundeswehr: Landesverteidigung statt NATO-Angriffskriege

Ihre Stimme zählt am 24.9.2017
Beide Stimmen für die AfD, Liste 5

Wir freuen uns über Ihre Spende: Bitte auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.
Spendenkonto:
IBAN: DE67 5056 1315 0008 9526 55

Deutschland...

- ... ist nicht verhandelbar.
- Islamisierung und Masseneinwanderung stoppen, Rückführung illegaler/abgelehnter Einwanderer
- Klima-Irrweg beenden, Umweltschutz stärken, Ausbau der Windenergie stoppen
- Ende von Gender-Mainstreaming und Frühsexualisierung
- Traditionelle Familie stärken
- Bürgerrechteabbau stoppen
- Keine Euro- und Bankenrettungen
- Sozialsysteme schützen

Politik verändern! Mitglied werden!

Wir sind basisdemokratisch unterwegs. Die Mitglieder geben die Richtung vor und bestimmen demokratisch mit. Jeder kann mitmachen und sich aktiv einbringen. Als Mitglied, als Förderer oder als Unterstützer.

Alternative für Deutschland
Kreisverband Offenbach-Land

Verantwortlicher Kontakt:
Carsten Härle
info@afd-heusenstamm.de
www.afd-heusenstamm.de



*Für unser Land
- für unsere Werte*

Mit der AfD in die Zukunft

Damit Deutschland unsere Heimat bleibt

Unser Land, unsere Heimat.

Du, mein Hessen

**24. September 2017
Wählt mal wie Ihr
wirklich denkt!**

Alternative

für
Deutschland

Alternative

für
Deutschland

www.afd-ofl.de

Asylchaos beenden

Mut zur Wahrheit: Die Flüchtlingslüge

- Die Massimmigration ist verfassungs- und europarechtswidrig (Ex-Präsident BVerfG Prof. Dr. H.-J. Papier, u.a.)
- Fast alle Migranten sind weder politisch verfolgt noch echte Flüchtlinge, da sie über ein bis sieben sichere Drittländer inkl. EU-Länder einreisen. Nach GG 16a ist ein Asylverfahren zu verweigern, wird aber mit 20-40 Milliarden pro Jahr gesetzwidrig durchgeführt.
- Es „flüchten“ zum größten Teil junge Männer zwischen 20 und 30 Jahren. Der Familiennachzug von 3-9 Millionen (laut Seehofer) ist für die Zeit nach der Wahl bereits beschlossen.
- Deutschland wird destabilisiert und die Asylindustrie bereichert sich mit Milliarden Euros auf Steuerzahlerkosten, während für Rentner, Arbeitslose und Hartz IV Empfänger in Deutschland angeblich kein Geld da ist.

Wir fordern Einhaltung der Rechtslage

- Grenzen kontrollieren und nach australischem Vorbild sichern
- Zentrale Flüchtlingsauffangzentren in den Herkunftsregionen
- Einreisewillige aus sicheren Drittstaaten an der Grenze sofort zurückweisen (Grundgesetz §16a und AsylG §18, Dublin-II)
- Schnellverfahren 48 Stunden, statt Monate oder Jahre
- Konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und Flüchtlingen bei Wegfall des Schutzgrundes
- Kein Integrationsaufwand ohne dauerhaftes Bleiberecht. Rückkehrfähigkeit und Rückkehrwille ist zu erhalten. Fehlanreize umfassend abbauen (u.a. kein Bargeld)
- Keine Bautätigkeit und dauerhafte Personalaufstockung im öffentlichen Dienst für Flüchtlinge, da diese nur vorübergehenden Schutz genießen und wieder zurückkehren müssen (Flüchtlingsschutz ist keine Einwanderungspolitik)
- Konsequente Ablehnung und Abschiebung bei weggeworfenen Pässen, gefälschten Unterlagen oder Straftaten
- Städte und Kreis müssen gegen illegale Zuweisungen vorgehen

Zuwanderung steuern

- Qualifizierte Zuwanderung nur nach Bedarf. Vorrang vor Einwanderung haben deutsche Arbeitslose (4 Mio.) und danach europäische (25 Mio.).
- Stopp des Lohndumpings durch Masseneinwanderung
- Keine Einwanderung in die Sozialsysteme (auch nicht aus EU)
- Einbürgerung nur bei langjähriger gelungener Integration, Straffreiheit und dauerhaftem Bedarf an der Qualifikation

Innere Sicherheit herstellen

- Null Toleranz gegen jegliche Gewalt und Terror, insbesondere Linksextremismus und radikalen Islamismus bekämpfen
- Klare Konsequenzen für schwere Straftäter: Ausländer ausweisen, Asylverfahren ablehnen, Asylstatus aberkennen
- Sicherheit im öffentlichen Raum (kein zweites Silvester 2015/2016)
- Einbrecher und Banden aus dem In- und Ausland bekämpfen
- Beseitigung von Parallelgesellschaften und No-Go-Areas
- Bundeswehreininsatz nicht im Inneren und in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, sondern zur Sicherung der deutschen Grenzen
- Polizei stärken, Personalabbau stoppen, Stellen aufbauen
- Kein Migranten- oder Flüchtlingsbonus mehr bei Straftätern
- Wirksame Eindämmung illegaler Waffen statt Drangsalierung von rechtschaffenden Jägern und Sportschützen (neue EU-Vorgabe)

Bürgerrechte

- Rechtsstaat, Meinungs- und Redefreiheit wiederherstellen
- Keine Zensur von Internetseiten, Foren und sozialen Medien, durch den Staat oder Unternehmen (z.B. Arvato-Löschteam bei Facebook)
- Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung, EU-Toleranz-Umerziehungslager oder Gesetze zu „Meinungsverbrechen“ mehr
- Nicht wir Bürger hetzen, sondern Politiker der Altparteien und „Hofmedien“, die Anliegen und Forderungen der Bürger ignorieren
- Die Bürger sind der Chef in der Demokratie und kein „Pack“. Wer seinen Chef als „Pack“ beschimpft, muss seinen Posten räumen
- Demonstrationsrecht wiederherstellen, strafrechtliche Verfolgung von Demonstrationsbehinderungen und Angriffen auf die Polizei
- Einfachere Volksentscheide: Gemeindeebene bis Bundesebene
- Freiheit und Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung
- Schutz vor Benachteiligung, Medienhetzkampagnen und Entlassungen wegen politischer Ansichten wiederherstellen (GG Art 3)
- Keine Frühsexualisierung der Kinder, Genderwahn stoppen

Wahrheit und Information

- Wahrheitsgemäße, vollständige Information von Politik, Presse und Polizei und ein Ende der Täuschung und Vertuschung
- Streichung aller Gesetze, Anweisungen und Verordnungen, die zum Ziel haben, die vollständige Wahrheit über Migration, staatliches Versagen, Flüchtlinge, NATO-Kriege, TTIP, Straftaten, o.a. zu schönen oder zu verschweigen (z.B. § 12.1 Pressekodex).
- Wir fordern ein Ende der GEZ-Rundfunkzwangsgebühr

Wirtschaftspolitik / Finanzen

- Keine weitere Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen
- Keine Gewerbe-, Grundsteuer und Abgabenerhöhungen
- Mehr Geld im Geldbeutel statt „Geschenke“ auf Steuerkosten
- Konsolidierung und Kosteneinsparung aktiv vorantreiben
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung, keine geheimen Schiedsgerichte und Sozialabbau (TTIP / TISA / CETA)
- Lokale Wirtschaft stärken
- Wirtschaftssanktionen gegen Russland einstellen
- Ausverkauf kommunaler Infrastruktur an Investoren stoppen
- Mehr Bürgerbeteiligung bei neuen Bauvorhaben und -gebieten
- Kinder brauchen Eltern. Freie Wahlmöglichkeit bei Kinderbetreuung. Kein Zwangskindergarten.
- Altersarmut und sinkende Realrenten bekämpfen
- 90% der „Flüchtlinge“ sind langfristig nicht in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt integrierbar (Nahles, SPD).
- Laut Prof. Raffelhüschen und Prof. Sinn kostet ein Migrant langfristig mindestens 500.000€. Das sind bei nur 2 Millionen bereits 1 Billion Euro. Geld, das in Schuldenabbau, Bildung, Unterstützung eigener Bürger und Infrastruktur besser investiert wäre.
- Ausstieg aus dem EURO, der ohne Vergemeinschaftung der Schulden nicht funktionieren kann und allen europäischen Ländern schadet.

Europa- und Europolitik

- Für ein Europa souveräner Nationalstaaten, keine Abgabe weiterer Rechte an die EU, stattdessen Rückführung von Kompetenzen
- Für Einhaltung des Maastricht-Vertrags, d.h. keine „Euro-Rettung“ und keine Bankenrettung mit Steuergeldern, sowie Rückabwicklung der Bankenunion, d.h. keine Bankenrettung durch die Sparer
- Keine Abschaffung oder Beschränkung des Bargeldes
- Kein „Länder-Finanzausgleich“ auf EU-Ebene und keine Haftungs-, Schulden- und Transferunion, keine ESM- und EU-Diktatur
- Keine Zusammenlegung der nationalen Arbeitslosen- und Rentenversicherungssysteme
- Keine Beteiligung an NATO-Kriegen ohne UN-Mandat (Syrien), Drohnenkriege aus Ramstein stoppen, Abzug aller alliierten Militärbasen inkl. der Atomwaffen aus Deutschland. Auflösung aller 230 US-Militärbasen in Deutschland, die den Steuerzahler Milliarden kosten.

Alternative
für
Deutschland